

Politische Verfolgung in der BRD

Ein Jahr NSU-Psychose

Roland Wuttke

Während die Faktenlage zu der sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrundarmee“ (NSU), eine 100prozentige Erfindung des BRD-Regimes, immer mehr bröckelt, arbeiten die neoliberalen Medien durch die permanente Wiederholung unbewiesener Behauptungen an der Etablierung eines NSU-Mythos. Jedes Aufflackern volkstreuere Bekundungen wird umgehend in den Zusammenhang mit einer angeblichen Bedrohungslage durch die NSU gebracht.

Dabei wird von den Realitäten abgelenkt: Links motivierte Gewalttaten sind doppelt so hoch wie rechtsmotivierter Gewalttaten. 2011 wurden insgesamt 1160 Fälle linksmotivierter Gewalt registriert – gut ein Viertel (26,64%) mehr als im Vorjahr (916 Fälle). Dabei wurden 783 Personen verletzt. Das sind 43,14% mehr als 2010 (547 Verletzte). Insbesondere Polizeibeamte sind hier das Ziel von Attacken mit schwerer Körperverletzung. Dies ergibt der Bericht zur „politisch motivierten Kriminalität 2011“ des Bundesinnenministeriums. Im Gegensatz zu den Fällen linker Gewalt, ist die Zahl rechtsmotivierter Gewalttaten im Jahr 2011 leicht gesunken – auf insgesamt 579 Fälle (2010: 597 Fälle). Auch sonst stimmen die Relationen in den Medien nicht. So weist z.B. der „Verfassungsschutzbericht Bayern 2010“ 955 ausländische Extremisten, 5020 Linksextreme und 2600 Rechtsextreme aus, wobei im rechten Bereich allein schon die Zugehörigkeit zu NPD, DVU, REP usw. für das Prädikat „Rechtsextremist“ genügt.

Die Wandlungen der Richter

Doch weil die BRD auf tönernen Füßen steht, ist für das Regime allein „rechtes“ Gedankengut eine große Bedrohung und muß unter allen Umständen kriminalisiert werden.

Leitmedien und BRD-Ikonen werfen sich die Bälle zu und fabulieren von Zeit zu Zeit von neuen Gefahren. So durfte Günther Beckstein, Erfinder des „Bombenanschlags auf die Baustelle der Münchener Synagoge“, in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 7. September wieder einmal darüber spekulieren, daß es bei den „NSU-Morden“ weitere Helfer gegeben habe: <http://www.sueddeutsche.de/bayern/bayerns-frueherer-ministerpraesident-beckstein-vermutet-weitere-helfer-bei-nsu-morden-1.1462354>. Das einzig Erwähnenswerte an Becksteins Äußerungen ist allerdings seine Einschätzung der Richter am „Bundesverfassungsgericht“. Beckstein sprach sich erneut für ein NPD-Verbot aus, zeigte sich aber skeptisch, ob wirklich alle V-Leute des „Verfassungsschutzes“ aus der Partei abgezogen worden seien. Dann wörtlich: „Wenn dieselben Richter wie damals entscheiden würden, bin ich überzeugt, daß ein Verbot keine Chance hat. Aber es sind andere Richter.“ Er habe jetzt die große Hoffnung, daß das „Bundesverfassungsgericht“ seine Rechtsprechung zum NPD-Verbot korrigiere. Dieser Hinweis ist wichtig! Er besagt: Die Gesetze haben sich nicht geändert, wohl aber die Gesinnung der Richter.

Spieglein, Spieglein an der Wand

Am 9. September, einen Tag vor Erscheinen der Druckausgabe, brachte der „Spiegel Online“ den Aufmacher: „BKA warnt vor Neonazi-Terror gegen Prominente.“ Laut BKA sei „die Gefahr durch rechtsextremen Terror in Deutschland hoch“. Aus einem „vertraulichen Papier“ vom Juli 2012 will der „Spiegel“ herausgelesen haben, daß neben Ausländern, auch Polizisten, Politiker und andere Personen des öffentlichen Lebens bedroht seien. „Es ist mit Tötungsdelikten zu rechnen“, heißt es sogar. Wie üblich garnierte das Besatzerblatt seinen Aufmacher mit Glatzköpfen, ein klares Erkennungsmerkmal für Desinformation und Hetze.

In dem BKA-Bericht heißt es angeblich: „Es ist mit fremdenfeindlichen Gewaltdelikten von Einzeltätern oder Tätergruppen in Form von Körperverletzungen auch mit Todesfolge, Brandanschlägen (z.B. auf Asylbewerberunterkünfte) und in Einzelfällen auch mit Tötungsdelikten zu rechnen.“ Angriffe könnten sich nicht nur gegen Ausländer, sondern auch gegen „Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland wie Politiker, Personen des öffentlichen Lebens und Polizeibeamte“ richten. Als Grund wird der „momentan erhöhte Strafverfolgungsdruck wegen der Ermittlungen gegen den NSU“ genannt, der „in die Enge getriebene“ rechtsextremistische Einzeltäter oder Kleinstgruppen „die eigene Handlungsfähigkeit durch Gewaltstraftaten unter Beweis stellen“ wollten.

Natürlich darf hier der Hinweis auf den Zionisten Anders Breivik aus Norwegen nicht fehlen, der als „rechtsradikaler“ Massenmörder bezeichnet wird. Es müsse laut BKA „die Bildung bislang unbekannter terroristischer Gruppen innerhalb des rechten Spektrums“ in Betracht gezogen werden. „Aktuelle polizeiliche Maßnahmen“ würden belegen, „daß die rechtsextreme Szene über eine nicht unerhebliche Anzahl von Waffen und Munition verfügt.“

Nachdem die gesamte „rechte“ Szene in der BRD gründlich überwacht und durchleuchtet ist, scheint das BKA über Erkenntnisse zu verfügen, daß Geheimdienste mit erneuten Anschlägen die NSU-Psychose verstärken wollen.

Mißbrauch des Strafrechts

Im Zuge der NSU-Kampagne hat der Mißbrauch des Strafrechts zum Zweck der politischen Verfolgung und die dabei offenkundigen Rechtsbrüche in der BRD dramatisch zugenommen. Volkstreuen Regimekritikern droht die Existenzvernichtung. Typisch für die Vorgehensweise des BRD-Regimes ist die

Inhaftierung von 22 Aktivisten des „Aktionsbüro Mittelrhein“ seit März dieses Jahres, ohne daß die teilweise konstruierten Strafvorwürfe dies rechtfertigen würden. Gegenwärtig läuft in Koblenz der Prozeß. Ähnliche Terroraktionen mit Festnahmen, Hausdurchsuchungen und umfangreichen Beschlagnahmungen liefen im Frühjahr gegen Gruppen in Brandenburg, die unter der Bezeichnung „Die Unsterblichen“ nicht angemeldete Fackelumzüge mit weißen Masken („Die Demokraten bringen uns den Volkstod!“) durchführten.

Am 14. Juni, durchsuchte die Polizei 24 Wohnungen in elf Bundesländern. 26 Menschen und ihre Familienangehörigen sind davon betroffen. Ihnen wird vorgeworfen, das Internetforum »Thiazinet« betrieben und dort „verbotene Inhalte“ publiziert zu haben. Am 18. Juli kam es zu drei Hausdurchsuchungen im Alb-Donau-Kreis - mit unverhältnismäßigem Gewalteininsatz. Grund: Es sollen unerlaubt Plakate geklebt worden sein. Einem weiteren Regimekritiker, der für den 6. Oktober eine Demonstration in

Göppingen angemeldet hat, wurde im August bei einer Hausdurchsuchung fast die gesamte Wohnungseinrichtung fortgeschafft. Ende August kam es erneut zu Hausdurchsuchungen und Festnahmen in Nordrhein-Westfalen, so auch in Dortmund. Insgesamt gab es seit Jahresbeginn mindestens 14 Polizeiaktionen mit 312 betroffenen Familien und vier Vereinsverboten. Hierbei muß allerdings von höheren Zahlen ausgegangen werden, weil als Quelle oft nur Presseberichte herangezogen wurden und längst nicht alle Fälle registriert sind.

Wie dreist sich Staatsanwälte über Recht und Gesetz hinwegsetzen, zeigt ein Fall in Augsburg: Obwohl das Bundesverfassungsgericht die Verurteilung von drei Angeklagten wegen „Volksverhetzung“ aufgehoben hatte, betrieb die Staatsanwaltschaft unter dem Leitenden Oberstaatsanwalt Reinhard Nemetz deren Verfolgung weiter. Gegen Nemetz und drei seiner Staatsanwälte sind jetzt Ermittlungsverfahren wegen der Verfolgung Unschuldiger anhängig, die aus naheliegenden Gründen dem Landgericht

Memmingen übertragen wurden. Doch unter der CSU-Justizministerin Beate Merk, die sich persönlich an Demonstrationen gegen NPD-Bezirksparteitage beteiligt, dürfte den Herrschaften wohl nichts passieren, zumal sie mit forschem Auftreten gegen Regimekritiker auf einen Karrieresprung hoffen durften.

Das unverhältnismäßige Vorgehen gegen die nationale Opposition könnte in Rußland kaum anders sein. Allein der Mißbrauch des § 89b StGB („Kriminelle Vereinigung“) erlaubt umfangreiche Repressionen ohne konkreten Tatverdacht. Dieser Paragraph gehört neben §86a („Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“) und §130 („Volksverhetzung“) mittlerweile zu den wirksamsten Verfolgungsgesetzen gegen nationale Regimekritiker. Mehr als 10.000 Verfahren pro Jahr sprechen eine deutliche Sprache.

Siehe auch „Das Letzte“, S. 47

Herbert Schweiger

Deutschlands neue Idee

Nationales Manifest für Deutschland & Europa

Mit diesem Manifest wendet sich der Autor an alle nationalgesinnten Deutschen und Europäer, denen er damit den Schlüssel zur Überwindung des immer offensichtlicher werdenden Chaos auf allen Ebenen in die Hand gibt. Er fordert als einzigen Ausweg vor dem drohenden Untergang die Neuordnung Deutschlands und Europas.

Herbert Schweiger enthüllt das Grundübel unserer Zeit: Das lebens- und naturwidrige kapitalistische Geld- und Wirtschaftssystem, mit dem Wahnsinn des Zins und Zinseszinses. Die Gesinnung dieses Systems heißt Betrug und Wucher; seine Herrscher: Das internationale Großleihkapital. Seine Waffen: Zins und Konvertierbarkeit der Währungen; das Ergebnis: die perfekte Ausbeutungsmaschinerie aller Zeiten!

Doch Schweiger bleibt nicht bei der Analyse der heutigen Negativzustände stehen, sondern gibt auch die Antworten, wie diese zu überwinden sind: Er weist den Weg zu einer Neuen Ordnung! Mit dem Herzstück des Manifestes, dem Programm der nationalen Bewegung, offenbart er den Plan zur Verwirklichung dieser Vision. Am Horizont entsteht das Bild einer Wirtschafts- und Sicherheitszone Groß-Europa, das einem Europa der Völker, organisiert in gleichberechtigten Nationalstaaten und mit selbstbestimmten Gesellschaftsformen, Frieden und Freiheit garantiert.

„Macht Europas Völker frei - von der Zinsensklaverei!“

Europas Freiheit und Sicherheit verläuft entlang der Achse Paris-Berlin-Moskau!“

232 Seiten, Format: DIN A 5, gedruckt auf 115 g/qm Volumen-Bilderdruckpapier matt, Verarbeitung: Kapitalband mit Fadenheftung, glanzfolienkaschierter Einband, Hartband, gebunden, erweiterte Neuauflage, ISBN: 978-3-9814-7921-8

EUR 17,50

www.weltnetzladen.com

LK Medien-Vertrieb - Postfach 13 37 - 74003 Heilbronn

Tel.: 0 71 33 - 90 15 16, Fax: 0 71 33 - 90 15 76, www.weltnetzladen.com, info@weltnetzladen.com

Anzeige

